

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ist und in welcher Form eigentlich das Geld verwendet wurde, geht aus der bis Juni 1918 reichenden Dokumentensammlung Dr. Zemans nicht hervor. Vieles bleibt unaufgeklärt und wird es wohl immer bleiben. Daß Lenin weder in finanzieller noch in anderer Beziehung irgendwelche Skrupel hatte, ist keine überraschende Eröffnung. Aber hier scheint doch der bisher lückenloseste Beweis für etwas erbracht, was Lenin immer mit gespielter Entrüstung in Abrede gestellt hat.

Eine abschließende Bemerkung kann der Leser dieser Dokumente nicht unterdrücken. Lenin ist 1924 gestorben. Von denen, die damals mit ihm im plombierten Wagen durch Deutschland fuhren, sind nur zwei Namen einer weiteren Öffentlichkeit bekannt: *Grigorij Sinowjew* und *Karl Radek*. Sinowjew wurde 1936 als Konterrevolutionär und bezahlter Agent der Bourgeoisie «entlarvt» und nach einem Schauprozeß mit vollstem «Geständnis» hingerichtet. Radek hatte 1937 ähnliches zu «gestehen» und wurde «nur» zu zehn Jahren Kerker verurteilt. Seither fehlt von ihm jede Spur; er dürfte irgendwo in Sibirien zugrunde gegangen sein. *Fritz Platten*, der Lenins Heimreise organisiert und die Reiseteilnehmer betreut hat, hat seinen ehrlichen Glauben an den Kommunismus mit dem Leben bezahlt, das er in Stalins «Reinigungsaktionen» der dreißiger Jahre einbüßte...

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Am 1. Februar wird darüber abgestimmt, ob auf eidgenössischem Boden das *Frauenstimmrecht* eingeführt werden soll. Über die Bedeutung dieser Vorlage berichtet in der heutigen Nummer der «Roten Revue» Mascha Oettli, weshalb wir hier nicht mehr näher darauf eintreten wollen. Unterstreichen möchten wir nur noch, daß die SPS die einzige große Landespartei ist, die das Frauenstimmrecht befürwortet. Obschon die Vorlage des bürgerlichen Bundesrates sich eindeutig dafür ausspricht, haben alle drei Bundesratsparteien vor der Abstimmung die Flucht ergriffen und ihren Bundesrat wieder einmal im Stich gelassen. Schlecht lohnte die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei das Andenken ihres verstorbenen Bundesrates Markus Feldmann, das sie eben noch mit großen Tönen gefeiert hat, indem sie dem Schöpfer der bundesrätlichen Vorlage die Gefolgschaft versagte und die Neinparole ausgab. Die Katholischkonservativen drückten sich gesamt-

schweizerisch um eine Entscheidung herum und überließen es ihren Kantonalparteien, die Verwerfungskampagne durchzuführen. Ein nicht minder klägliches Schauspiel boten die Freisinnigen, die sich gerne als die Vorhut des Fortschrittes betrachten, aber in dieser wichtigen grundsätzlichen Frage, in der es darum geht, im Sinne der Demokratie und Menschenwürde auch den Frauen die gleichen politischen Rechte einzuräumen, verzichtete der schweizerische Freisinn auf die sonst noch so gerne übernommene Führungsrolle und entschlug sich mit der Parole auf Stimmfreigabe der politischen Verantwortung. So stößt die Vorlage vom 1. Februar auf die starke Gegnerschaft vor allem der Bauersame und des konservativen Bürgertums, und es wird sich vermutlich wieder einmal mehr erweisen, daß auch in der Demokratie der politische Fortschritt hart erkämpft werden muß und nicht im ersten Anlauf zu erreichen ist.

Daß gegenwärtig überhaupt in unserem Lande ein reaktionärer Geist weht, geht auch aus der Zusammensetzung des *schweizerischen Landesverteidigungsrates* hervor, die der Bundesrat noch kurz vor Jahresschluß vorgenommen hat. In diesem 26 Mitglieder zählenden Rat dominieren deutlich die Bundesbürokratie, die Hochfinanz und die Schwerindustrie. Die organisierte Arbeiterschaft ist nur mit einem einzigen Mann, Nationalrat Robert Bratschi, vertreten. Weder die aktive Garde des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes noch der Angestelltenverbände wurden berücksichtigt. Ebenso hat man den Bauernverband übergangen. Offenbar gehören nach der Meinung des Bundesrates weder die Arbeiter noch die Bauern zu den Volkskräften, auf die sich die schweizerische Landesverteidigung zu stützen hat. Wichtig und verteidigungswürdig sind in den Augen der Landesregierung anscheinend nur die großen Geldsäcke. Diese Zurücksetzung der Arbeiterschaft und der Bauersame ist empörend. Es hat denn auch eine kräftige Gegenbewegung eingesetzt, um den skandalösen Fehlentscheid des Bundesrates zu korrigieren. Soll der Landesverteidigungsrat seine Aufgabe erfüllen können, dann ist unbedingt ein enger Kontakt mit den wichtigsten Volksgruppen notwendig, und deshalb müssen in diesen Rat auch viel mehr Persönlichkeiten berufen werden, die einen solchen Kontakt gewährleisten.

Ebensowenig Ruhm erntete der Bundesrat als oberste Zensurbehörde für den Film. Er bestätigte das bereits durch die Bundesanwaltschaft erlassene Verbot des amerikanischen Films *«Les Sentiers de la Gloire»*. Begründung: Der Film bedeute eine Beleidigung Frankreichs und dürfe bei uns im Interesse der guten Beziehungen zum westlichen Nachbarstaat nicht aufgeführt werden. Diese jämmerliche Haltung schafft für die Zukunft ein gefährliches Präjudiz. Man fühlt sich an die Zeiten Hitlers erinnert, da bei uns auch alles mögliche verboten wurde, von Zeitungen und Büchern bis zu Filmen und Theaterstücken. Alle namhaften Filmkritiker, die den verbotenen Film gesehen haben, bestätigen, daß von einer Beleidigung Frankreichs keine Rede

sein kann. Sie bezeichnen den Film als ein künstlerisches Meisterwerk, dem jegliche Tendenz fehlt, es sei denn, man wolle als Tendenz bezeichnen den Protest gegen die Vergewaltigung des Menschen durch irgendeinen übermächtigen, seine Macht zynisch mißbrauchenden, unmenschlichen Apparat. Dabei hat Frankreich nicht einmal Zeit gehabt, wegen dieses Films zu intervenieren. In serviler Eile ist man durch das Verbot einer solchen Einsprache zuvorgekommen. Sind wir also schon wieder so weit, daß das Stirnrunzeln fremder Potentaten darüber entscheidet, was der biedere Schweizer bei sich zu Hause lesen, sehen und hören darf? Für alle freiheitlich Gesinnten heißt das: wachsam sein und den neuen Anfängen wehren.

Während Jahren wurden die Sozialdemokraten mangelnder nationaler Zuverlässigkeit verdächtigt, weil sie die Forderung nach *Kürzung der Militärdienstpflicht* erhoben. Der Parteitag der SPS vom 2. Juli 1955 verlangte die Reduktion der Wehrpflicht auf das 48. Jahr, und in der Folge postulierten verschiedene unserer Vertreter in der gleichen Richtung. Ihnen wurde entgegengehalten, das sei ein Ding der Unmöglichkeit; die ganze Armeeorganisation fiele aus Rand und Band und eine bedenkliche Schwächung der Wehrkraft wäre die Folge. Jetzt endlich hat der Wind umgeschlagen. Durch eine Indiskretion erfuhr die Presse, daß nun selbst im EMD ein Antrag an den Bundesrat bereitliege, die Heeresklassen neu einzuteilen und das Wehrpflichtalter um zehn Jahre herabzusetzen. Künftig soll der Auszug die Altersklassen von 20 bis 32 Jahren, die Landwehr von 33 bis 42 Jahren und der Landsturm von 43 bis 50 Jahren umfassen. Ende 1961 sollen die ersten Jahrgänge des heutigen Landsturmes zur Entlassung aus der Wehrpflicht kommen und 1965 wäre die stufenweise Einführung der Neuerung abgeschlossen. Es hat lange gedauert, bis man zu dieser vernünftigen Einsicht gekommen ist, aber immer noch besser spät als nie. Langsam hat es also auch den Militärbürokraten in Bern gedämmert, daß die Entlassung der über Fünfzigjährigen aus der Wehrpflicht keine Schwächung der Wehrkraft bedeuten kann, im Gegenteil. Diese Altersklassen leisten in der Wirtschaft und im Zivilschutz dem Lande wahrscheinlich wichtigere Dienste, als wenn man sie zu einem soldatischen Aktivdienst zwänge, dem die wenigsten von ihnen körperlich noch gewachsen wären.

P. S.

Außenpolitik

Die *Berliner Frage* hat den Charakter eines auf sechs Monate befristeten Ultimatums der russischen Regierung an die Westmächte verloren. Sowohl Mikojan — im Laufe seiner Besprechungen in den Vereinigten Staaten — wie die Sowjetregierung in wiederholten Erklärungen haben betont, daß der Vorschlag der Sowjetregierung auf die Umwandlung von West-Berlin in eine freie entmilitarisierte Stadt Gegenstand von Verhandlungen sein kann.

Da die westlichen Großmächte in ihrem Antwortschreiben an die russische Regierung keine Gegenvorschläge unterbreiteten, sich aber bereit erklärten, mit der Sowjetunion Verhandlungen über das deutsche Problem zu führen, hat die russische Diplomatie diese offene Türe sofort benützt, um die Frage der Freien Stadt West-Berlin in den größeren Rahmen des *Friedensvertrages mit Deutschland* zu stellen. Die Verhandlungen über dieses Problem sind schon längst fällig. Die Versuche, die bis jetzt sowohl an der Berliner wie an der Genfer Konferenz unternommen wurden, sind gescheitert, und man kann sich fragen, ob solche Verhandlungen heute mehr Aussicht auf Erfolg haben als vor einigen Jahren. Der Vertragsentwurf der Russen enthält als eine der ersten Bedingungen das Verbot für Deutschland, an irgendeiner militärischen Allianz teilzunehmen, die gegen eine der Großmächte, die gegen Hitler kämpften, gerichtet ist. Das bedeutet, daß ein vereinigtes Deutschland sich weder an der NATO noch am Warschauerpakt beteiligen dürfte. Es ist klar, daß die Sowjetunion der Wiedervereinigung nie zustimmen würde, wenn die Ostzone — die jetzige Deutsche Demokratische Republik — irgendwie in die NATO eingegliedert werden könnte. Das wiedervereinigte Deutschland sollte auch die jetzigen Ostgrenzen der DDR mit der Tschechoslowakei und Polen sowie die Angliederung von Königsberg und eines Teils von Ostpreußen an die Sowjetunion als definitiv anerkennen. Deutschland hätte die Möglichkeit, eine Armee zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit aufzubauen. Diese sollte jedoch weder Atomwaffen noch ferngelenkte Geschosse und Unterseeboote besitzen.

Der schwache Punkt des russischen Friedensentwurfs liegt in der *Hauptfrage der Wiedervereinigung*. Die Sowjetregierung ist in Wirklichkeit gegen die Schaffung eines einheitlichen Staates. Sie schlägt den Westmächten vor, solange Deutschland nicht wiedervereinigt ist, den Friedensvertrag separat mit der Bundesrepublik und mit der Deutschen Demokratischen Republik zu unterzeichnen. Dieses Vorgehen würde die Anerkennung der DDR als selbständigen Staat und der Teilung Deutschlands durch die Westmächte bedeuten.

Die Sowjetregierung beharrt auf ihren früheren Vorschlägen der Wiedervereinigung auf dem Wege der *Bildung eines Staatenbundes* zwischen den beiden Republiken Deutschlands, die ihre eigene Regierung, ihre eigene Außenpolitik, ihre eigene Armee, ihre eigene Valuta, ihre eigenen wirtschaftspolitischen und sozialen Systeme behalten würden.

Eine solche «Lösung» des deutschen Problems würde nicht nur die Wiedervereinigung unmöglich machen, sondern auch eine ständige Gefahr für den Frieden Europas und der Welt enthalten. Wir Schweizer wissen aus eigenen Erfahrungen, daß ein Staatenbund nicht Frieden bedeutet, sondern ständige Konflikte. Seinerzeit haben die selbständigen Beziehungen der Kantone zu ausländischen Staaten die Einmischung des Auslandes in die inneren An-

gelegenheiten der Schweiz gefördert. Der Sonderbundskrieg sollte für Deutschland und die Welt eine Lehre sein. Die föderalistische Lösung des Deutschlandproblems kann nur in der Schaffung *eines demokratischen Bundesstaates* gesucht werden, der die Außenpolitik, das Militärwesen, das Verkehrswesen und die Valutafrage in den Händen einer zentralen Regierung vereinigt. Daß dieser Staat sich an keinem der Militärblöcke beteiligen dürfte, scheint selbstverständlich, wenn Osten und Westen ihre Zustimmung erteilen sollen. Eine Ost-West-Gipfelkonferenz sollte bald alle diese Probleme erörtern.

Die *internationale Konferenz zur Einstellung der Kernexplosionen* hat nach einer mehrwöchigen Unterbrechung ihre Sitzungen in Genf wieder aufgenommen. Vor Weihnachten schien die Lage festgefahren. Die Sowjetunion weigerte sich, einem umfassenden Kontrollsystem zuzustimmen. Die Westmächte wollten immer noch die Einstellung der Kernversuche mit Fortschritten in Richtung der allgemeinen Abrüstung verknüpfen, was die Sowjetunion ablehnte. Um die festgefahrene Situation zu überwinden, haben die Westmächte eine wesentliche Konzession gemacht: Sie haben auf die Verknüpfung der Einstellung der Kernversuche mit anderen Fragen der Abrüstung verzichtet. Wenn die Sowjetunion ihrerseits zu gewissen Konzessionen in der Frage des Kontrollsystems bereit wäre, dürfte die Konferenz zu einem Erfolg führen.

General de Gaulle wurde von einem begrenzten Wählerkollegium mit großem Mehr zum *ersten Präsidenten der Fünften Französischen Republik* gewählt. Gegenkandidaten hatten aufgestellt einerseits die Kommunisten, andererseits die Union des forces démocratiques, die alle nichtkommunistischen linken Oppositionellen, von Mendès-France bis zu Claude Bourdet und zu der autonomen Sozialistischen Partei von Depreux umfaßt. Diese Gegenkandidaten vermochten nur einen sehr geringen Prozentsatz der Stimmen auf sich zu vereinigen und waren mehr von symbolischer Bedeutung. Zum Premierminister ernannte de Gaulle den treuen Gaullisten Michel Debré, der seine Regierung ohne Beteiligung der Sozialisten bildete. Die Sozialisten von Guy Mollet konnten den sozialen und wirtschaftlichen Sparmaßnahmen des Wirtschafts- und Finanzministers Pinay nicht zustimmen und sind gegenüber der Regierung Debré zu einer «konstruktiven Opposition» übergegangen.

De Gaulle hat *gegenüber Algerien eine Versöhnungsgeste gemacht*, indem er bei seinem Machtantritt als Präsident der Republik eine weitgehende Amnestie für die algerischen Rebellen verfügte. 400 zum Tode verurteilte Rebellen wurden begnadigt, das heißt ihre Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. 7000 Gefangene wurden auf freien Fuß gesetzt. Der alte Führer der Unabhängigkeitsbewegung Algeriens, Messali Hadj, wurde aus seiner Zwangsinternierung entlassen; er kann sich in Frankreich

frei bewegen, darf aber nicht nach Algerien zurückkehren. Die gefangen gehaltenen Führer der Rebellion mit Ben Bella an der Spitze durften das Gefängnis mit einem lockeren Zwangsaufenthalt vertauschen. Diese versöhnliche Geste de Gaulles gegenüber den Nationalisten ist von den französischen reaktionären Kreisen Algeriens scharf kritisiert worden.

Die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker Afrikas geht stürmisch weiter. Im *Belgisch-Kongo* beteiligten sich die Negermassen von Leopoldville, Hauptstadt der Kolonie, an einer Protestkundgebung der Nationalisten gegen Kolonialismus und Arbeitslosigkeit, die sich zu einem Aufstand entwickelte. Öffentliche Verwaltungsgebäude wurden in Brand gesteckt und zerstört, Geschäfte wurden geplündert. Die belgische Armee und Polizei machten von der Waffe Gebrauch. Mehr als 70 Eingeborene wurden getötet, Hunderte von Weißen und Negern verwundet. Das belgische Parlament beschloß auf Antrag der Sozialisten die Entsendung einer parlamentarischen Kommission. In Leopoldville herrscht unter der Negerbevölkerung eine starke Arbeitslosigkeit. 40 000 bis 50 000 Arbeitslose müssen, ohne irgendeine Unterstützung zu erhalten, ihre Familie durchbringen. Hier liegt der soziale Grund für den Aufstand gegen den Kolonialismus. König Baudouin hat die Unabhängigkeit des Kongos in Aussicht gestellt.

In den afrikanischen Kolonien Frankreichs entwickelt sich die Unabhängigkeitsbewegung, trotz Plebiszit für de Gaulle und trotz der Gründung einer «Communauté française», weiter. Einige Staaten von Französisch-Westafrika: Senegal, Dahomey, Haute Volta und Sudan, haben eine Föderation Westafrikas geschaffen. Der Führer dieses Zusammenschlusses, der frühere sozialistische Abgeordnete Senghor, erklärte sich gegen die Balkanisierung Afrikas durch die Schaffung einer großen Zahl von Kleinstaaten, die direkt mit Frankreich verbunden wären. Er versucht, in Westafrika und in Äquatorialafrika größere Staatengebilde zu schaffen, die leichter als die Kleinstaaten den Weg zur Unabhängigkeit beschreiten könnten. In Paris stößt diese Bewegung auf die Ablehnung der französischen Behörden, die die Zersplitterung Afrikas in kleine Staaten, die von Frankreich leichter beherrscht werden würden, aufrechterhalten möchten.

Im *Nahen Osten* normalisieren sich vorläufig die Verhältnisse. Großbritannien und die Vereinigte Arabische Republik (VAR) Nassers haben durch Verhandlungen die Folgen des Suezkonflikts bereinigt. Israel und die VAR haben den Vorschlag des Generalsekretärs der UNO, Hammarskjöld, zur Bereinigung und Festlegung der Grenzen Israels angenommen, was zur Entspannung in diesem Gebiet führen kann. Auch auf Zypern hat sich die Lage entspannt, und eine Einigung zwischen der Türkei, Griechenland und Großbritannien scheint bevorzustehen. Nasser hat die Hilfe der Sowjetunion für den Bau der ersten Etappe des großen Assuan-Dammprojektes angenommen, gleichzeitig aber den Kampf gegen die Kommunisten eröffnet. Über 600

Funktionäre der Kommunistischen Partei wurden verhaftet. Diese Aktion richtet sich vor allem gegen die Kommunisten Syriens und indirekt gegen ihre Gesinnungsfreunde im Irak. In diesen beiden Ländern bekämpfen die Kommunisten die arabische Einheitsbewegung unter der Führung von Nasser. Sie verlangen eine größere Selbständigkeit in Syrien und wenden sich gegen den Beitritt von Irak zur Vereinigten Arabischen Republik. Wie es scheint, lauten die Richtlinien des Kremls an die Kommunisten der arabischen und asiatischen Länder auf Bekämpfung der nationalistischen Unabhängigkeitskräfte, mit dem Ziel der Schaffung kommunistischer Regierungen unter der Führung Rußlands. Diese Taktik begünstigte die reaktionären Offizierskreise. In Burma und im Sudan haben die kommunistischen Umtriebe zu Militärdiktaturen geführt.

Auch in Lateinamerika entwickeln sich soziale und politische Umsturz-
bewegungen. Auf der *Insel Kuba* wurde der blutige Diktator Batista durch
den zähen Kampf der Rebellen unter Führung von Fidel Castro gestürzt. In
Argentinien wenden sich große Streiks gegen die Wirtschafts- und Sozial-
politik des neuen Präsidenten Frondizi. In Venezuela, Kolumbien, Brasilien,
Chile waren die Diktatoren schon nach dem Sturz von Perón in Argentinien
beseitigt worden. Es ist aber in diesen Ländern sehr schwer, demokratische
Regimes zu errichten. Meistens wird eine Diktatur durch eine neue abgelöst,
ohne daß die Lage der werktätigen Massen wesentlich gebessert würde.

In *Italien* hat am *Parteitag der Sozialistischen Partei*, Richtung Nenni,
Pietro Nenni einen eindeutigen Sieg für die Unabhängigkeit seiner Partei
errungen. Die Linke der Partei, welche die Fortsetzung der Zusammenarbeit
mit den Kommunisten verlangte, vereinigte nur einen Drittel der Delegierten,
Nenni 58 Prozent und der Zentrist Basso 8 Prozent. Nenni hat seine Macht-
stellung innerhalb der Partei dadurch konsolidiert, daß er diejenigen Kom-
munisten, die in seiner Partei seit Jahren wühlten, nicht mehr in die Leitung
aufnahm.

JHD